

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 18. März 2015

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

**43 2015.RRGR.136 Kreditgeschäft
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (PG 05.17.9101). Saldoüberschreitung DB III.
Nachkredit**

Beilage Nr. 04, RRB 106/2015

Präsidentin Béatrice Struchen übernimmt wieder den Vorsitz.

Präsidentin. J'ai une information importante à vous donner, même deux. Tout d'abord, nous saluons la section UDC de Lützelflüh qui nous rend visite aujourd'hui. Mesdames et messieurs, soyez les bienvenus ici parmi nous (*Applaus*). Deuxièmement, M. Neuhaus arrive seulement d'ici une demi-heure, on a été un peu trop vite. Alors, time-out, Kaffee-Pause jusqu'à 15 heures 45 précises.

Die Sitzung wird bis zum Eintreffen des Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektors unterbrochen.

Präsidentin. Je vous prie de prendre place, nous allons continuer et je rouvre la séance. J'aimerais souhaiter la bienvenue à M. le directeur de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques en le remerciant pour sa flexibilité. Notez en fait que sur le plan de la session, M. Neuhaus aurait dû être là lundi prochain. Alors, nous commençons tout de suite avec l'affaire 43, demande de crédit, Autorités de protection de l'enfant et de l'adulte. Dépassement du solde de la MC III. Crédit supplémentaire. M. Pfister, porte-parole de la Commission des finances a la parole.

Hans Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP), Kommissionssprecher der FiKo. Wir behandeln heute einen Nachkredit, dem letztlich sicher zugestimmt wird. Gleichwohl muss man dazu ein paar Worte sagen. In der Finanzkommission und im Ausschuss wurde das Geschäft beraten; und wir haben mit Erstaunen festgestellt, dass an einer Sitzung mit der Begleitgruppe und der FIN am 10. November 2014 die Äusserung gemacht wurde, man werde das Budget voraussichtlich einhalten können. Wenn man so etwas im November sagt und nun ein Nachkredit von 10,667 Mio. Franken kommt, dann stimmt aus meiner Sicht etwas nicht, denn das hätte man bereits im November merken müssen. Wir stellen uns die Frage, wie lange es noch gehe, bis man bei der KESB auch das Finanzielle in den Griff bekommt. Es kann nicht sein, dass der Grosse Rat jährlich einen Nachkredit bewilligen muss. Ebenfalls staunen wir, wie man 10,667 Mio. Franken kompensieren kann. Da stellt sich für mich persönlich die Frage, ob man zu gut budgetiert, sodass man noch derart viel Luft hat. Die Finanzkommission hat diesem Kredit mehrheitlich zugestimmt. Ich hoffe, dass ihn auch der Grosse Rat absegnet.

Ueli Jost, Thun (SVP). Der vorliegende Nachkredit zeigt auf, dass die SVP Recht hatte. Sie hat nämlich von Anfang an gewarnt, dass die Kosten dieses Konstrukts stetig steigen werden, und zwar unkontrolliert. Die SVP ist sich bewusst, dass ein Nein zu diesem Nachkredit nichts daran ändert, dass das Geld ausgegeben wurde. Sie begrüsst grundsätzlich auch eine vorsichtige Budgetierung und anerkennt die Tatsache, dass genaue Kostenschätzungen bei einer neuen Organisation schwierig sind. Trotzdem lehnen wir diesen Kredit mehrheitlich ab. Damit verleihen wir unserem Unmut über die heiklen Punkte bei der KESB Ausdruck. Weil ein völlig neues System aus dem Bo-

den gestampft wurde, anstatt sich an den bestehenden Strukturen zu orientieren, sehen wir uns nun mit dieser Kostenexplosion konfrontiert. Die KESB darf nicht zu einem Instrument werden, das jeden Preis kosten darf. Besonders hellhörig macht auch der Anstieg der Zahl der Dossiers. Es darf eben nicht auf Biegen und Brechen überall eingegriffen werden. Das führt sonst zwangsläufig zu einer Überversorgung, die letztlich wieder vom Steuerzahler finanziert werden muss. Die SVP hatte also Recht. Die KESB wurde teurer; nun zählen wir darauf, dass diejenigen Parteien, welche die Warnung damals in den Wind geschlagen haben, jetzt mithelfen, die Entwicklung der Dossiers und der Kosten der KESB in den Griff zu bekommen.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Die Umorganisation der KESB ist und bleibt sicher ein Jahrhundertgeschäft wie kaum ein zweites. Von Anfang an standen die Kosten im Fokus. Der Regierungsrat weist im Papier zuhanden der FiKo, der GSoK und der politischen Begleitgruppe KESB sowie im Vortrag darauf hin. Die KESB läuft noch nicht lange, und die Arbeiten sind sehr anspruchsvoll. Referenzzahlen fehlen faktisch, denn man hat die neue Organisation quasi auf der grünen Wiese aufgebaut. Bereits wurden Anpassungen nötig, und die JGK hat reagiert: Die Vernehmlassung «Dringliche Änderungen des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes» läuft. Wir möchten nicht in das KESB-Bashing von Anfang 2015 einstimmen. Aber auch wir haben uns Gedanken gemacht. Wir hoffen einfach sehr, dass sich die KESB-Zahlen in den kommenden zwei Jahren eependeln werden und wir uns in einem Kostenrahmen bewegen können, sodass das Budgetieren einfacher und kostengenauer möglich ist. Der Peak der Kosten sollte aus unserer Sicht nun wirklich erreicht sein, und wir sind froh, wenn wir den in Aussicht gestellten Bericht nach der ersten Legislatur zur Kenntnis nehmen können.

Die Diskussion in der BDP-Fraktion hat auch gezeigt, dass sich die Frage stellt, ob der administrative Aufwand in der KESB tatsächlich immer gerechtfertigt ist. Aus diesem Grund werden nicht alle BDP-Mitglieder den Nachkredit gutheissen. Dies, weil der administrative Aufwand aus ihrer Sicht noch immer zu hoch ist. Kritisch stellen wir die Frage, ob es wirklich alle Abklärungen in diesem Ausmass braucht, ob die extrem umfangreichen Dossiers für die Abklärung wirklich immer nötig sind oder ob nicht weniger manchmal mehr wäre. Aus unserer Sicht könnten die nötigen Entscheide vermutlich auch mit weniger Abklärungen gefällt werden. Wir wollen zwar die Professionalisierung, aber die Verantwortung von Entscheiden sollte nicht von der Dossierdicke abhängig sein. Wie gesagt, wird die grosse Mehrheit der BDP-Fraktion dem Kredit zustimmen, es gibt aber auch ein paar Neinstimmen.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Ich will die Diskussion nicht verlängern. Die glp wird dem Nachkredit zustimmen. Auch wir haben uns Fragen gestellt, aber ich kann nicht akzeptieren, dass wir uns ein Bashing seitens der SVP zum Beispiel wegen der Finanzierung der Psychiatrie anhören müssen. Liebe SVP und wer sonst noch geholfen hat: Bei der ASP-Debatte haben wir die 5 Mio. Franken für die Psychiatrie gestrichen. Schon damals haben wir erfahren, dass dieser Boomerang auf uns zurückfallen wird. Es haben einfach alle die Ohren verschlossen. Aber dieser Boomerang ist nun mit einem Teil dieses Nachkredits effektiv zurückgekommen. Ich erinnere daran, dass man sehr aufpassen muss, wie das Resultat unter dem Strich aussehen wird, wenn man solche Kürzungen vornimmt. Dies ist nun eines der Resultate einer unberechtigten Kürzung, die der Grosse Rat bei der ASP vorgenommen hat. Das wollte ich hier noch rasch festhalten.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Die KESB ist eine völlig neue Organisation. Sie arbeitet seit etwas mehr als zwei Jahren in dieser Form zusammen. Klar ist es unschön, dass im Herbst 2014 gesagt wurde, es sei alles im grünen Bereich und es laufe auch finanziell alles gut, und dass wenige Monate später ein solcher Nachkredit eingeholt werden muss. Professionalisierung hat aber ihren Preis – nicht nur monetär, aber eben ganz sicher auch. Die KESB wird evaluiert werden, und auch ohne dies sind wir überzeugt, dass sich diese Organisation ständig verbessern und verschlanken wird. Sie wird Elemente abbauen können oder andere aufbauen müssen, damit sie sich so organisieren kann, wie es sich für einen professionellen Betrieb gehört. Wir wollten die KESB und werden daher auch dem Nachkredit zustimmen.

Katrin Zumstein, Bützberg (FDP). Auch wir sind von der Kurzfristigkeit dieses Nachkredits überrascht. Wenn man genau hinschaut, ist es so, wie vorhin Franziska Schöni ausgeführt hat: Mehr als 7 Mio. Franken dieses Nachkredits entstanden durch die Überlieger in der Psychiatrie. Diese Kosten hat nicht die KESB verursacht. Das KESB-Bashing, wie es vorhin genannt wurde, ist daher nicht

gerechtfertigt. Anita Luginbühl hat gesagt, dass wir demnächst das Gesetz revidieren werden, das noch gar nicht lange in Kraft ist. Gewisse «Fehler» oder Lücken wurden entdeckt, und im Sinn der Effizienz wird das nun gemacht. Ich will mich nicht weiter zur KESB äussern. Das Wichtige hat Béatrice Stucki vorhin gesagt. Wir stimmen dem Nachkredit jedenfalls zu.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Auch die EVP-Fraktion wird dem Nachkredit zustimmen. Grundsätzlich gibt es zwei Systeme, wie man damit umgehen kann, wenn man finanzpolitisch etwas Neues aufbaut: Einerseits kann man vorsichtig budgetieren, mit dem Risiko, dass man einen Nachkredit einholen muss; oder man packt genügend Geld darauf, damit das sicher nicht passiert. Die EVP ist eher der Meinung, man solle vorsichtig budgetieren und halt das Risiko eines Nachkredits eingehen. Wir bitten den Rat jedoch, der KESB buchstäblich Kredit zu geben: nicht nur indem man dem Nachkredit zustimmt, sondern indem man ihr auch Kredit gibt, damit sie ihre Organisation solide und professionell aufbauen kann.

Christine Häslar, Burglauenen (Grüne). Ich kann mich kurz fassen: Es ist unangenehm, einen solchen Nachkredit einholen zu müssen, aber wir wollten die KESB. Wir wollen Qualität und professionelle, seriöse Arbeit. Wir arbeiten hier in einem sehr heiklen Bereich und wollen, dass entsprechend sauber gearbeitet wird, dass man dies ernst nimmt und sich darum kümmert. Deshalb steht die grüne Fraktion grossmehrheitlich hinter dem Nachkredit und wird ihn grossmehrheitlich genehmigen. Ich wäre froh, wenn das viele weitere Ratsmitglieder ebenfalls machen würden. Wir haben allen Grund, gut hinzuschauen und hier verantwortungsbewusst zu handeln.

Präsidentin. Est-ce qu'il y a encore des intervenants pour les groupes? – Pour la Députation? – Ce n'est pas un thème de la Députation, Monsieur. – Bon, vous avez la parole, Monsieur.

Maxime Zuber, Moutier (PSA). Je serai très bref, la Députation ne s'est pas prononcée sur la question de ce crédit en tant que telle et elle n'aura pas donné ici un avis de groupe. Mais c'est un devoir pour moi en tant que président de la Députation de rappeler les fortes réticences qui s'étaient exprimées à l'époque où le Grand Conseil devait choisir entre deux modèles d'autorités de protection de l'enfant et de l'adulte. Vous vous souvenez qu'il y avait la possibilité d'un modèle, celui qui a été mis en œuvre, à savoir le modèle cantonal, professionnel, et puis il y avait la possibilité de mettre en place un modèle sur la base des autorités tutélaires existantes. Et un des arguments du Conseil-exécutif, en particulier du directeur de la justice, c'était l'argument financier, et l'on avait dit aux communes que le modèle cantonal allait coûter moins cher, ou en tout cas, que ce serait une opération blanche. Aujourd'hui, la démonstration est faite que tel n'est pas le cas. Dans la situation actuelle, ces autorités de protection de l'enfant et de l'adulte sont débordées et je fais le pari que nous n'avons pas fini de voter des augmentations de crédit, parce que ces autorités n'ont pas les moyens de fonctionner, parce que le travail qu'elles ont à faire est beaucoup trop compliqué, et c'était beaucoup plus simple quand les communes pouvaient s'occuper de ce travail-là. La preuve est faite aujourd'hui.

Präsidentin. Je ne suis pas sûr que la Députation ait discuté sur ce thème.

Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor. Es ist unangenehm, einen solchen Kredit vertreten zu müssen, auch wenn er begründet ist. Mir tut es leid, wenn sich jemand vor den Kopf gestossen fühlt. Am 20. November gaben wir den entsprechenden Wissensstand wieder. Diverse Kosten wurden erst nachher abgerechnet. Zum Beispiel hatten wir auch bei den Überliegern schon vorher darauf hingewiesen. Aber die Gemeinden und die Sozialdienste haben nachträglich abgerechnet, bis ins neue Jahr hinein. Deshalb konnten wir auch nur diejenigen Kosten angeben, die bekannt waren. Am 29. Januar 2010 hat der Grosse Rat beschlossen, dass der Kanton das System übernehmen soll. In einem zweiten Umgang habe ich mich dagegen gewehrt; der Rat hielt jedoch an der Kantonalisierung fest. Den Vorwurf, der Kanton hätte es billiger machen können, weise ich klar zurück. Wenn man feststellt, dass im Berner Jura 70 Prozent mehr Dossiers vorliegen, als angekündigt wurden, kann man dies dem Kanton zuschieben. Man kann aber auch sagen, man habe weniger angekündigt. Es ist jedoch keine Frage der Sprache oder der Region, sondern ein komplett neues System. Mit einem neuen Gesetz wurden 319 Organisationen in 11 kantonale und einer burgerlichen KESB zusammengefasst. Es hatten Grundlagen gefehlt; manche Gemeinden hatten vor der Einführung der KESB ein halbes Jahr lang nichts mehr gemacht, was zu einem

Überhang an Arbeit führte. Entsprechend hat man nun bei den Kosten überschossen. Wir haben bei den Kosten aber auch überschossen, weil nach 2013 die Massnahmenkosten von 100 auf 50 Mio. Franken gekürzt wurden. Der Nachkredit mag unangenehm sein, er ist aber begründet. Wir hatten eng budgetiert, und diverse Kosten fallen nun bei anderen Direktionen weg und kommen zur JGK.

Zum Schluss entschuldige ich mich noch einmal bei allen, die überrascht und entsetzt waren, die persönlich oder sonst wie getroffen wurden: Wir hatten nicht behauptet, das Modell werde billiger. Es ist effektiv auch schwierig, einen Vergleich anzustellen. Jeder Franken des Nachkredits ist in dessen begründet. Ich hoffe, dass ihm der Grosse Rat zustimmen kann, und bedanke mich im Namen des Regierungsrats.

Präsidentin. Nous passons donc au vote. Ceux qui acceptent ce crédit supplémentaire votent oui, ceux que le refusent votent non.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 92

Nein 34

Enthalten 21

Präsidentin. Vous avez accepté ce crédit supplémentaire.